

Streng vertraulich

2310.1

004.1

Iranisches Erdöl

Unterredung mit dem
britischen Handels- und Industrieminister Peter WALKER

Davos, 1. Februar 1974

Da Peter Walker (P.W.) infolge einer dringenden Kabinettsitzung (Bergarbeiter) am rechtzeitigen Erscheinen zum Davoser Symposium des European Management Forum verhindert war, ist auch das vorgesehen gewesene Diner vom Donnerstag 31. Januar im kleinen Kreis, das mir zu einem Gedankenaustausch mit dem britischen Minister hätte Anlass geben sollen dahingefallen. Dagegen hatte ich am Freitag 1. Februar, im Anschluss an P.W.'s Vortrag und eine von ihm gegebene Pressekonferenz, der ich beiwohnte, Gelegenheit, mich längere Zeit persönlich mit dem britischen Minister über das Erdölproblem zu unterhalten (einzig Miss Brown, die erste Mitarbeiterin des britischen Botschafters in Bern, die P.W. nach Davos begleitet hatte, war noch anwesend).

Nachstehend das Wichtigste aus diesem Kontakt:

I. Allgemeine britische Haltung

Sie ist, wie das britischer Art entspricht, vornehmlich pragmatisch geprägt. Man ist geneigt, die durch die neueste Politik der OPEC-Länder geschaffene Situation als vollendete Tatsache zu akzeptieren und, im eigenen Interesse, das Beste daraus zu machen. Diese Haltung kam nicht nur im Gespräch,



sondern bereits in P.W.'s Ansprache vor dem Symposium, deren Text der Einfachheit halber beiliegt, deutlich zum Ausdruck. Die Passagen, die auf das Rohstoff- und namentlich das Oelproblem bezug haben, sind darin angestrichen. Charakteristisch beispielsweise P.W.'s Hinweis auf die sich aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung international ergebenden "new partnerships": den Europäischen Gemeinschaften als "most important partnership amongst industrialised nations" stellt er dabei die OPEC als "most significant partnership between commodity producers" gegenüber. Was wir benötigen, um aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge Vorteil zu ziehen, sei die Schaffung eines neuen "genuine partnership ... sometimes bilateral, sometimes multi-lateral" zwischen jenen Nationen "that have been mainly commodity producers and wish now to industrialise" und jenen Ländern "that are industrial nations and wish to have guaranteed sources of supply commodities and expanding export markets".

II. Multinationalismus - Bilateralismus

P.W. will den sowohl in der Symposiums-Diskussion nach seinem Referat wie in der anschliessenden Pressekonferenz erhobenen Vorwurf, wonach Grossbritannien mit seinem Alleingang der europäischen Solidarität untreu geworden sei, nicht gelten lassen. Grossbritannien habe mit den ölproduzierenden Mitteloststaaten seit jeher, schon lange vor dem Beitritt zu den EG, enge Beziehungen unterhalten. Die bestehenden multilateralen Verpflichtungen innerhalb der EG (z.B. gemeinsamer Aussenzoll) schliessen direkte britische Handelsbeziehungen zu Drittstaaten, mit denen sich ohnehin 70 % des britischen Handels abwickeln, keineswegs aus. Auch GATT-Bestimmungen seien in keiner Weise tangiert. Frankreich, die BRD und Italien hätten, wie P.W. anschliessend auch im persönlichen Gespräch betont, zur Lösung ihrer Oelprobleme ebenfalls ohne Bedenken den direkten Weg beschritten. Grossbritannien habe hiergegen nicht nur

nichts einzuwenden, sondern würde es als durchaus legitim betrachten, wenn dies auch andere Staaten in angemessener Weise täten. Die Aufgabe, die sich heute im Oelsektor stelle, scheine ihm ohnehin ihrer Natur nach viel eher durch bilaterale als durch multilaterale Bemühungen lösbar. Sie sei vom einzelnen Staat, der für seine Industrie die Verantwortung trage, oder sogar noch eher von der einzelnen Industriebranche an die Hand zu nehmen. Die industriellen Konsequenzen aus der Erdölkrise auf dem Automobilmarkt beispielsweise seien in erster Linie von der Automobilindustrie selbst und nicht etwa von den Brüsseler Organen zu ziehen. Daneben bleibe natürlich das britische Interesse an einer langfristigen generellen Lösung der Rohstoff- und Energieprobleme grundsätzlich unverändert; doch handle es sich vorerst darum, die unmittelbaren Engpässe zu überwinden. Auf weite Sicht werde Grossbritannien übrigens mit seiner Kohle und namentlich mit den zu erschliessenden sehr umfangreichen Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Nordsee seine Energieprobleme aus eigener Kraft lösen können.

III. Genese des Erdölgeschäfts mit dem Iran

Die Initiative zum vorliegenden Erdölgeschäft mit dem Iran sei, wie P.W. im vertraulichen Gespräch betont, entgegen gewissen Behauptungen nicht von der britischen Regierung ausgegangen. Den Anstoss hätten vielmehr britische Industrieunternehmungen gegeben, die sich, zur Aufrechterhaltung ihrer Produktion, im Iran Erdöl zu verschaffen suchten. Der Iran seinerseits habe Interesse an den knapp gewordenen Erzeugnissen dieser Industriezweige gezeigt, sie jedoch wegen des Energie- und Erdölmangels in Grossbritannien nicht erhalten können. Daraus habe sich dann, sozusagen von selbst, eine Verhandlung ergeben "to join the two ends", die aber vorerst nicht recht vom Fleck gekommen sei. Erst jetzt hätten die Industriellen P.W. um seine Vermittlung gebeten. Dies habe schon im November zu einer ersten Reise des Ministers nach Teheran geführt,

wo es ihm gelungen sei, in stundenlangen Unterredungen mit dem Schah das Schiff wieder flott zu machen. Der geschilderte Gang der Ereignisse ist mir übrigens, nebenbei bemerkt, von einem britischen Grossindustriellen in Davos spontan bestätigt worden. Schon damals sei, wie P.W. fortfuhr, ein neues Treffen mit dem Schah vorgesehen worden, das dann tatsächlich Ende Januar in St. Moritz den bekannten Schlusspunkt unter das Globalgeschäft gesetzt hat.

IV. Materieller Inhalt der Transaktion

a) Volumen

P.W. bestätigt, was schon in der Presse zu lesen stand: die Transaktion umfasst 5 Mio t iranischen Erdöls gegen Lieferung britischer Industrieprodukte (Kunststoff und Kunststofffasern, petrochemische Produkte, Stahl, Papier und Papiererzeugnisse) in der Höhe von ca. 110 Mio Pfund. Die vereinbarte Erdölmenge entspricht rund 4 % der letztjährigen Rohöl-Gesamteinfuhren. Da die britischen Bezüge von der OPEC auf 90 % reduziert worden seien, erlaube es das Iran-Geschäft, die Bezugsmenge wieder auf 94 % zu heben. Die britische Energieposition werde dadurch merklich verbessert.

b) Zeitdauer

Im Prinzip 12 Monate. Die beidseitigen Lieferungen sollen im zweiten Quartal 1974 beginnen und im Frühjahr 1975 beendet sein.

c) Preis

Ganz besonderen Wert legt P.W. auf die Feststellung, dass sich Grossbritannien für das Rohöl auf keinerlei Preisüberbietungen eingelassen hat. Nichts wäre seines Erachtens verhängnisvoller als ein Preiswettbewerb, wie er beispielsweise bei sogenannten Erdölkauttionen im Iran selbst oder

in Algerien vorgekommen sei, wo die OPEC-Preise um das Doppelte oder mehr überboten wurden. Die Transaktion mit dem Iran wickle sich vielmehr in der gleichen Preislage ab, wie sie heute auch für die laufenden Käufe der integrierten Gesellschaften gilt. Im einzelnen werde im Rahmen der iranisch-britischen Transaktion für Schweröl 7.015 \$ pro Barrel und für Leichtöl 7.035 \$ berechnet. Der Schah habe auch nichts anderes verlangt und P.W. seinerseits kein Markten darüber begonnen. Damit habe Grossbritannien, entgegen gewissen Vorwürfen, in Wirklichkeit zu einer Stabilisierung der Preise beigetragen, was effektiv im generellen Interesse des Westens liege. Der vereinbarte Oelpreis sei im übrigen für die ganze Dauer des Abkommens fix, ohne Indexklausel. Auf meine Frage, ob umgekehrt die dem Iran in Rechnung gestellten Gegenpreise für die britischen Produkte ebenfalls Normalpreise seien (denn auch auf britischer Seite könnten die Exportpreise, zwecks Verteuerung bzw. Verbilligung des Oeles, manipuliert werden), räumt P.W. - unter dem Siegel der Verschwiegenheit - ein, dass die britischen Preise jedenfalls "sehr gute" Preise gewesen seien. Der Schah habe ihn sogar gebeten, bei den britischen Industriellen auf eine Reduktion hinzuwirken, was er aber als Regierungsmitglied, da das konkrete Geschäft und damit auch die Kalkulation einzig Sache des Privatunternehmens sei, strikte verweigert habe.

d) Die Rollenverteilung zwischen Staat und "British Petroleum" (BP)

Die britische Regierung beabsichtigt gemäss P.W. keineswegs, selbst zum Oelimporteuer zu werden und zu diesem Zweck eine spezielle Bürokratie zu errichten. Sie habe sich vielmehr darauf beschränkt, die sich im Verhältnis zum Iran hüben und drüben bietenden Möglichkeiten zu koordinieren, zusammenzufassen und mit ihrem Namen zu sanktionieren, damit der Abschluss überhaupt zustande komme. Mit der Uebernahme und der Verteilung des iranischen Erdöls habe sie aber die über den nötigen Apparat und die erforderliche Erfahrung verfügende BP betraut, an welcher der Staat

eine - nicht kontrollierende - Minderheitsbeteiligung besitzt. BP habe sich mit einer eher bescheidenen Provision begnügt. Meine Frage, ob das "Handling" der BP auch für jene Erdölmengen gelte, die gewissen britischen Konzernen (namentlich ICI auf dem Gebiet der Petrochemie) von Anfang an direkt zugeteilt worden seien, damit sie die iranischen Bezugswünsche überhaupt erfüllen könnten, wird von P.W. bejaht. BP sei als Agent von der britischen Regierung instruiert worden, die betreffenden Mengen von vorneherein für die fraglichen Industrien abzuzweigen.

e) "Barter" oder nicht "Barter"

Meine Schlussfolgerung, dass es sich also gewissermassen um ein Tauschgeschäft handle, wie man solche in unserer modernen Wirtschaft eigentlich nur noch mit gewissen Oststaaten habe tätigen müssen, will P.W. anfänglich nicht gelten lassen. Iran habe Bedarf nach britischen Waren gehabt, Grossbritannien nach iranischem Oel; so habe man eben beidseits die entsprechenden Bestellungen placiert. Auf meinen Einwand, dass hier immerhin insofern ein nicht unwesentlicher Unterschied bestehe, als zwischen den Warenströmen nach jeder der beiden Richtungen ein direkter Link erstellt worden sei, während doch normalerweise der britische Importeur sein Oel unabhängig von den Geschäften des Exporteurs britischer Waren erwirbt, muss P.W. einräumen, dass in "some sense" vielleicht doch "a kind of barter" und damit "a new pattern" vorliegt. Er rechtfertigt dies aber wiederum mit den gegenseitigen Bedürfnissen und der britischen Zwangslage. Schliesslich sei es die Pflicht der Regierung, die Energieversorgung ihrer Industrie sicherzustellen. Im übrigen sei kein britischer Industrieller genötigt worden, an der Operation teilzunehmen. Es sei alles aus freiem Entschluss geschehen.

V. "Lehren" für die Schweiz

Sollte auch die schweizerische Regierung daran denken, etwas Aenliches auf dem Oelsektor in die Wege zu leiten, so würde uns P.W. anraten:

- a) uns auf keinerlei Phantasiepreise für das Erdöl einzulassen, sondern Abschlüsse nur auf einer reellen Basis, wie sie auch für die grossen internationalen Gesellschaften gilt, zu tätigen;
- b) nur solches Oel zu erwerben, das dem Lieferanten zusteht, uns also auf keine Käufe von Erdöl einzulassen, auf das der Produzent vermitteltst willkürlicher, international nicht anerkannter und entschädigungsmässig nicht geregelter Nationalisierungen seine Hand gelegt hätte (wir könnten ansonst Gefahr laufen, in Regressansprüche der ursprünglichen Besitzer verwickelt zu werden);
- c) das Wagnis zu unterlassen, selbst als Oelhändler auftreten zu wollen, sondern, ähnlich wie Grossbritannienern, eine mit dem Oelgeschäft vertraute, angesehene internationale Gesellschaft als Agenten mit der Abwicklung zu beauftragen. Das Oelgeschäft sei eine zu komplexe, mit allzu vielen Fallstricken verbundene, grösste Fachkenntnis ("expertise") und langjährige Erfahrung erheischende Materie, als dass eine konventionelle staatliche Administration damit in befriedigender Weise fertig werden könne.

VI. Persönlicher Eindruck vom Schah von Iran

Von der Person des Schah ist P.W. sehr eingenommen. Er habe in ihm einen kompetenten, intelligenten und interessanten Gesprächspartner gefunden, der viel Aufgeschlossenheit gezeigt und mit dem er sich bestens verstanden habe.

VII. Unterredung Schatzkanzler BARBER mit dem Schah

Auf meine Erkundigung nach dem Gegenstand dieses Gesprächs meint P.W. zunächst scherzhaft, Barber habe versucht, den Schah zur Verlegung seiner Bankguthaben aus Zürich nach London zu überreden.

Im Ernst - sagt P.W. - hänge Barbers Besuch in St. Moritz mit der Besorgnis des Schahs zusammen, in die Arbeiten zur Erneuerung des Weltwährungssystems nicht genügend Einblick zu besitzen und darauf keinen Einfluss nehmen zu können. Er habe dieser Sorge schon beim November-Besuch P.W.'s in Teheran Ausdruck gegeben, worauf vereinbart worden sei, dass Barber seinen Kabinettskollegen zum nächsten Treffen mit dem Schah nach St. Moritz begleiten würde. Im Dezember sei dies nochmals bestätigt und darauf Ende Januar verwirklicht worden.

Beilage:

Ansprache P.W. in Davos